

Ein Jahr nach Hitzacker: Hupp Hupp Hurra!

Aktivist*innen aus Hitzacker fordern eine Entschuldigung des Innenministers. Sie waren vor einem Jahr nach einem musikalischen Protest als gewalttätige Straftäter diffamiert worden – ein haltloser Vorwurf, wie die Staatsanwaltschaft festgestellt hat.





ANF HITZACKER Dienstag, 11 Jun 2019, 16:44

 Share

 Tweet

@ E-mail (mailto:?subject=ANF%20%7C%20Ein%20Jahr%20nach%20Hitzacker%3A%20Hupp%20Hupp%20Hurra!&body=https%3A%2F%2Ffanfdeutsch.com%2Ffaktuelles%2Ffein-jahr-nach-hitzacker-hupp-hupp-hurra-11951)

 WhatsApp (whatsapp://send?text=https%3A%2F%2Ffanfdeutsch.com%2Ffaktuelles%2Ffein-jahr-nach-hitzacker-hupp-hupp-hurra-11951 ANF%20%7C%20Ein%20Jahr%20nach%20Hitzacker%3A%20Hupp%20Hupp%20Hurra!)

 Telegram (tg://msg?text=https%3A%2F%2Ffanfdeutsch.com%2Ffaktuelles%2Ffein-jahr-nach-hitzacker-hupp-hupp-hurra-11951 ANF%20%7C%20Ein%20Jahr%20nach%20Hitzacker%3A%20Hupp%20Hupp%20Hurra!)

An Pfingsten vor einem Jahr berichteten sämtliche Medien,

von Fokus bis FAZ, wie verummte Linksautonome angeblich das Haus eines Polizeibeamten im Wendland erstürmt und seine Familie bedroht hätten. Bebildert waren diese Berichte mit Symbolbildern verummter und Steine schmeißender „Chaoten“. Politiker wie der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius und Horst Seehofer forderten harte Strafen für die Chaoten. Der „Freundeskreis der Geschädigten & Presseteam Hitzacker“ haben sich in einer Presseerklärung zum aktuellen Stand des Verfahrens geäußert:

Viel Aufregung um ein Straßenkonzert

Bundesinnenminister Seehofer twitterte: „Wenn nun aber Polizeibeamte und ihre Familien zu Hause angegriffen werden, ist eine neue Dimension von Gewalt erreicht. Menschen, die Gewalt gegen Polizisten und ihre Familien verüben, sind keine Aktivisten, sondern Straftäter.“

Was war geschehen? Etwa 50 Personen sangen drei Lieder vor dem Haus des Staatsschutzbeamten Hupp, der seit Jahrzehnten die Umweltaktivist*innen im Wendland durch aggressives Auftreten, Observationen und Hausbesuche einschüchterte. Die Musiker*innen wurden unmittelbar nach ihrem Konzert von einer behelmteten und bewaffneten Polizeieinheit zu Boden geprügelt, teilweise mit Kabelbindern gefesselt und bis in die Morgenstunden in einem Polizeikessel festgehalten. Gegen alle Festgenommenen wurde u.a. wegen Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch und Nötigung ermittelt – begleitet von einem medialen Echo, das auf ungeprüften und überzeichneten Polizeimeldungen beruhte und das Konzert zu einem Schreckensszenario stilisierte.

Die zur Unrecht beschuldigte Sabine F. meint dazu: „Statt polizeiliche Pressemitteilungen kritisch zu hinterfragen, machen sich die Medien zu Handlangern einer Polizei, die das Grundgesetz mit Füßen tritt.“

Einstellung der Verfahren durch die Staatsanwaltschaft

Ein Jahr nach den Ereignissen ist den Akten der Staatsanwaltschaft zu entnehmen, dass sämtliche Vorwürfe gegen die Aktivist*innen haltlos sind. So stellte die Staatsanwaltschaft fest, dass „der Tatbestand des

Hausfriedensbruches nicht durchgreift, weil das Grundstück der Familie Hupp frei zugänglich war“.

Weiter heißt es im Bericht der Staatsanwaltschaft „Die lauten Tackerschläge (33 Tackernadeln) beim Anbringen der Wimpel an den Carport stellen letztlich keine Gewalttätigkeit gegen Sachen oder eine Bedrohung von Menschen mit einer Gewalttätigkeit im Sinne des § 125 Abs. 1 StGB (Landfriedensbruch) dar.“

Zum Vorwurf der Nötigung heißt es: „Ein hinreichender Tatverdacht für eine versuchte Nötigung lässt sich ebenfalls nicht begründen, weil nicht auszuschließen ist, dass es sich bei der Aktion lediglich um eine Protestaktion beziehungsweise Retourkutsche gegen eine unter Mitwirkung von PHK Hupp ausgebrachte polizeiliche Maßnahme, nämlich die Beschlagnahme eines YPJ/YPG-Banners in Meuchefitz am 20.02.2018 handelte.“ Hierfür spricht, so die Staatsanwaltschaft „insbesondere das Anbringen von YPG/YPJ-Wimpeln am Carport/im Vorgarten PHK Hupps und die Parole „Hupp, Hupp, Hurra!“. Abschließend heißt es, dass „der geschädigte Polizeibeamte Hupp oder seine Familie durch die Aktion jedoch nicht zu einem bestimmten Tun, Dulden oder Unterlassen genötigt werden sollten.“

Nach dieser Einschätzung der Staatsanwaltschaft ist für Sabine und die anderen Aktivist*innen klar: „Wir fordern eine öffentliche Entschuldigung des Innenministers. Erst hat uns die Polizei verprügelt und dann wurden wir auch noch von Politikern und Medien verleumdete.“

Zur Vorgeschichte

Schon bei der von der Staatsanwaltschaft erwähnten Polizeimaßnahme wurde versucht, die linke Szene im Landkreis zu kriminalisieren. Im Februar 2018 wurde ein Banner, das am Gasthof in Meuchefitz angebracht war („Afrin halte durch!“ zur Zeit der türkischen Angriffe auf kurdische Siedlungsgebiete) von einer teilweise mit Maschinengewehren bewaffneten Hundertschaft beschlagnahmt. Dabei wurde ein 129a-Verfahren gegen eine im Gasthof gemeldete Person eingeleitet. Mit Hilfe dieses Paragraphen erhält die Polizei besonders weitreichende Befugnisse für die Verletzung der Privatsphäre der betroffenen Person und deren Umfeld.

Auch dieses Verfahren wurde bereits vor längerer Zeit eingestellt.

Schluss mit Polizeigewalt

Im Kontrast zu diesen Sachverhalten fährt die Polizei in diesem Jahr zur kulturellen Landpartie überzogen repressive Maßnahmen auf. So bewegen sich ständig zahlreiche Polizeikonvois durch den Landkreis und kontrollieren scheinbar willkürlich Personen und Fahrzeuge. Insbesondere rund um den Gasthof Meuchefitz ist die Polizeipräsenz besonders hoch. Auch hier berichtet die Elbe-Jeetzel-Zeitung von den schrecklichen Gewalttaten, die in den letzten Jahren vorgefallen sein sollen, und legitimiert damit einmal mehr ein vollkommen unangemessenes und absurdes Polizeiaufgebot. All dies passiert, ohne dass es auch nur den Anschein eines Verdachts gibt.

Die Lächerlichkeit des polizeilichen Vorgehens zeigt sich aktuell, wie auch in der Akte der Staatsanwaltschaft, aus der es in nächster Zeit weitere pikante Veröffentlichungen geben wird.

Für Sabine wirft das repressive Vorgehen eine grundsätzliche Frage auf: „Welche Demokratie wollen sie eigentlich schützen, wenn unliebsame politische Meinungsäußerungen einfach mit stumpfer Polizeigewalt unterdrückt werden?“

Polizeiübergreif nach Straßenmusikconcert
(<https://anfdeutsch.com/aktuelles/polizeiuebergreif-nach-strassenmusikkonzert-4582>)